

info plus

Informationen der Unfallkasse Nordrhein-Westfalen

GEMEINSAM STATT GEGENEINANDER

Ein starkes Europa steht für Frieden und Wohlstand

Krieg in der Ukraine, Klimawandel, Digitalisierung, Reform des Asyl- und Migrationssystems, Landwirtschaft, Verbraucherschutz – das sind einige der Herausforderungen, vor denen die Europäische Union (EU) aktuell steht. „Nur in einem starken Europa können wir dafür gute Lösungen finden, die die Menschen mitnehmen und ihnen Sicherheit bieten“, sagt Michael Stock, Geschäftsführer der Unfallkasse NRW (UK NRW).

■ Die EU, als Wirtschaftsunion gestartet, sei mittlerweile zu einem großen Friedensprojekt geworden, so Stock weiter: „Und dieser Frieden bedeutet auch Wohlstand. Doch die EU steht vor einer Zerreißprobe.“ Wer die europäische Idee des sozialen und demokratischen Zusammenhalts stärken wolle, solle in Deutschland die Chance zur Stimmabgabe bei der Europawahl am 9. Juni 2024 nutzen. Gemeinsam statt gegeneinander – das ist immer auch der Leitgedanke der UKNRW, wenn es um Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg geht. Die geografische Lage Nordrhein-Westfalens bedeutet viel Austausch mit den Nachbarländern Belgien und den Niederlanden. Mehr als acht Millionen Versicherte der UK NRW, etwa Schülerinnen und Schüler, Arbeitskräfte, Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren, profitieren

bei einem grenzüberschreitenden Aufenthalt von EU-Regelungen und müssen nicht auf ihre Sozialversicherungsansprüche verzichten. „Das hilft den Menschen und gibt ihnen Rechtssicherheit“, sagt Stock. „Die gesetzliche Unfallversicherung ist für die Menschen in NRW da, damit sie sicher und gesund leben, lernen und arbeiten können. Die Sozialversicherung ist Kernstück unserer Demokratie und unseres Sozialstaates. Es gilt, sie gegen jede Kraft, die sie abschaffen will, zu verteidigen.“ Innerhalb Europas lerne man voneinander und tausche sich in Sozialversicherungsfragen kontinuierlich eng aus. So bringe sich etwa die UK NRW mit Beispielen des guten Arbeitsschutzes ein.

„Es ist wichtig, Menschen bei konkreten Themen abzuholen, damit die EU für sie begreifbar ist“, betont Stock. Ein gelungenes Beispiel sei eine neue EU-Vorschrift zur Plattformarbeit. Das ist eine Arbeitsform, bei der Personen oder Organisationen über eine Online-Plattform mit anderen in Kontakt treten, um gegen Bezahlung spezifische Dienstleistungen zu erbringen, etwa Beförderungsfahrten oder Essenslieferungen. Hier will die EU die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten verbessern und hat gezeigt, so Stock, „dass sie handlungsfähig ist“.

infoplus als PDF; Bestelladresse: infoplus@kompart.de

SERVICE

Mehr zur Unfallkasse
Nordrhein-Westfalen:
www.unfallkasse-nrw.de

TRÄGER ERHÖHEN FÖRDERUNG AUF INSGESAMT 1,8 MILLIONEN EURO

Verlängert: „NRW kann schwimmen!“

■ Gemeinsam mit den weiteren Trägern verlängert das Land NRW bis 2028 das Programm „NRW kann schwimmen! Schwimmen lernen in den Ferien und in der Freizeit“. Das Schulministerium, die Staatskanzlei und die vier Programmpartner – Landessportbund NRW,

Unfallkasse NRW (UK NRW) sowie die AOK NordWest und die AOK Rheinland/Hamburg – erhöhen ihre Förderung auf insgesamt 1,8 Millionen Euro. Damit steigt der Zuschuss pro Kurs von 350 auf 450 Euro, sodass sich der Eigenanteil für Teilnehmende trotz der allgemeinen Kosten-

steigerung weiterhin auf zehn Euro beläuft. Für Michael Stock, Geschäftsführer der UK NRW, ist sicheres Schwimmen „eine Basiskompetenz der motorischen Grundbildung von Kindern“.

www.schulsport-nrw.de/schwimmfoerderung/nrw-kann-schwimmen

Start



Uwe Meyeringh,
Vorstandsvorsitzender der
Unfallkasse NRW

Wählen gehen – Zeichen setzen

Rund 400 Millionen EU-Bürgerinnen und -Bürger können im Juni 2024 an der Europawahl teilnehmen. Allein in Deutschland sind es etwa 65 Millionen. Erstmals dürfen auch Menschen ab 16 Jahren ihre Stimme abgeben. Wer wählt, nutzt die Chance, über die Verteilung der politischen Macht im Europäischen Parlament mitzubestimmen, und stärkt die europäische Idee des Zusammenhalts. Angesichts des Krieges in der Ukraine, des Klimawandels, wirtschaftlicher Krisen und wachsender Demokratiefeindlichkeit sind Freiheit, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit in einem Raum ohne Binnengrenzen wichtiger denn je. Auch wenn es gewiss Verbesserungsbedarf gibt, ohne eine starke EU kämen schwerwiegende gesellschaftliche und ökonomische Folgen auf Europa zu. Gerade Letztere hat Großbritannien nach dem EU-Austritt deutlich erfahren müssen. Darum nutzen Sie die Chance und setzen Sie am 9. Juni 2024 mit Ihrer Stimme ein Zeichen für die demokratischen, sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen unseres Zusammenlebens.

In diesem Sinne Ihr



Uwe Meyeringh

MEINUNGEN

Arbeitsschutz in Europa

Am 9. Juni 2024 findet die Wahl zum Europäischen Parlament statt. „Was möchten Sie beim Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie bei der Unfallverhütung in Schule und Beruf für Europa erreichen?“ Dazu haben sich Kandidatinnen und Kandidaten für die Europawahl geäußert.

■ Als Sozialpolitiker im Europäischen Parlament setze ich mich für ein Europa ein, das Beschäftigte schützt und soziale Teilhabe sichert. Seit Beginn der COVID-19-Pandemie arbeiten immer mehr Arbeitnehmer in der Europäischen Union von zu Hause aus. Das vermehrte Arbeiten aus dem Home-Office hat neben einigen Vorteilen aber auch erhebliche Nachteile mit sich gebracht. Beim Bericht „Recht auf Nichterreichbarkeit“ haben die Sozialpartner leider kein Ergebnis in dieser Periode erzielt. Das müssen wir dringend in der nächsten Wahlperiode anpacken. Erfolgreich war ich mit meiner EVP-Fraktion an der Verabschiedung der Asbestrichtlinie beteiligt, die den Schutz der Beschäftigten vor Gesundheitsrisiken durch Asbest am Arbeitsplatz regelt.



Foto: Büro Dennis Radtke

Dennis Radtke, Mitglied des Europäischen Parlaments für die CDU

- Vom 6. bis zum 9. Juni 2024 wählen die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union zum **zehnten** Mal das Europäische Parlament. Der genaue Wahltag wird von den Mitgliedstaaten festgelegt. In Deutschland ist es Sonntag, der 9. Juni 2024.
- EU-weit sind rund **400 Millionen** Menschen wahlberechtigt, davon knapp **65 Millionen** in Deutschland. Erstmals dürfen auch Menschen ab **16 Jahren** wählen.
- Insgesamt werden diesmal **720** Mitglieder des Europäischen Parlaments gewählt – in Deutschland sind es **96** Abgeordnete.
- Bei der Europawahl 2019 stimmten in Deutschland **61,4 Prozent** der Wahlberechtigten ab, europaweit waren es **50,6 Prozent**.

Quellen: elections.europa.eu, www.bundeswahlleiterin.de, www.europarl.europa.eu

■ Die SPD will gute Arbeit für alle Beschäftigten und Auszubildenden in Europa und keine prekäre Arbeit. Arbeits- und Gesundheitsschutz sind wesentlicher Teil guter Arbeit. Gute Arbeit und Mindeststandards für Arbeitsmärkte und Sozialpolitik tragen wesentlich zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Europa bei und haben auch in Deutschland zu Verbesserungen geführt, die eine starke europäische Sozialdemokratie erreicht hat, wie etwa Tariftreue im Vergaberecht. Gute Arbeit muss in Zukunft noch stärker in der europäischen Strukturpolitik verankert werden. Hier wollen wir nicht nur Tarifbindung und Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten als feste Bestandteile der Vergaberegeln verankern, sondern auch den Arbeits- und Gesundheitsschutz.



Foto: Katarina Barley/SPD

Katarina Barley, Mitglied des Europäischen Parlaments für die SPD

■ Dass EU-Bürger*innen in jedem Mitgliedstaat arbeiten und leben können, ist eine große Errungenschaft. Die Unterschiede der nationalen Sicherungssysteme machen die Handhabung jedoch weiterhin kompliziert. Wir wollen deshalb mehr Koordination zwischen den Systemen, um Leistungsansprüche leichter von einem Land in das andere übertragen zu können und die bestehenden Lücken gerade für Grenzpendler*innen abzubauen. Im Hinblick auf den konkreten Arbeits- und Gesundheitsschutz setzen wir uns für eine Stärkung der behördlichen Strukturen und die weitere Modernisierung der Rechtsvorschriften und Maßnahmen der EU im Bereich Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz ein, damit sich Arbeitnehmer*innen auf höchste Schutzstandards verlassen können.



Foto: Terry Reintke

Terry Reintke, Mitglied des Europäischen Parlaments für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

■ Der europäische Binnenmarkt kann nur erfolgreich funktionieren, wenn sich alle Mitgliedstaaten an die gemeinsamen Mindeststandards halten. Das gilt auch gerade für den Arbeits- und Gesundheitsschutz. Deshalb muss der Fokus hier auf der Durchsetzung dieser Mindeststandards liegen. Dem Rat der hohen Aufsichtsbeamten und -beamtinnen der EU kommt hier eine Schlüsselrolle zu. Schlussendlich können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Freizügigkeit in der EU nur dann wahrnehmen, wenn sie sich ihrer Schutzrechte in der ganzen EU sicher sein können. Und trotzdem gibt es noch Lücken, die wir füllen wollen: Zum Beispiel braucht es auch für selbstbestimmte Arbeitsmodelle wie Remote Work im EU-Ausland endlich rechtssichere Möglichkeiten.



Foto: James Zabel

Moritz Körner, Mitglied des Europäischen Parlaments für die FDP

■ Die Pandemie hat die Mängel im Arbeits- und Gesundheitsschutz schonungslos verdeutlicht. Doch auch ohne Corona stiegen die Krankentage der Beschäftigten und Schüler:innen EU-weit massiv an, egal ob im Bau, im Krankenhaus, im Büro, beim Transport, auf dem Acker oder in Schulen. Die vielfältigen Gründe gilt es nicht nur statistisch zu erfassen, sondern dagegen vorzugehen. Als LINKE werden wir uns weiter für EU-Arbeitsschutzrichtlinien zum Schutz vor Stress und körperlicher Überlastung und für gute EU-Standards einsetzen, am Arbeitsplatz und in Bildungseinrichtungen. Konkrete Maßnahmen sind zum Beispiel: Stärkung der EU-Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, Einrichtung mobiler Beratungsstellen und Arbeitszeitkürzung.



Foto: Olivier Hansen

Özlem Alev Demirel, Mitglied des Europäischen Parlaments für DIE LINKE

DGUV JOB

Chancen für Menschen mit Handicap

Seit 25 Jahren finden Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen durch DGUV job eine neue berufliche Perspektive – neuerdings sogar per App. Auch Unternehmen setzen zunehmend auf den inklusiven Service.

■ Gesetzlich Unfallversicherte mit Handicap können sich jetzt per Klick auf offene Stellen in ihrer Wunschbranche bewerben. Dafür sorgt seit 2023 die neue App „DGUV job“, die Unternehmen und Arbeitssuchende per Matching-Algorithmus zusammenbringt. Anders als andere Plattformen bietet DGUV job allerdings allen Nutzerinnen und Nutzern zusätzlich einen sehr individuellen Service, so kommen auf beiden Seiten auch Interessierte ohne digitale Ambitionen zum Zug.

Für die erste Kontaktaufnahme stehen Jobsuchenden und Unternehmen in sechs Regionen Beraterinnen und Berater telefonisch zur Verfügung. Versicherte erhalten Informationen und intensive persönliche Unterstützung

im Hinblick auf ihre beruflichen Perspektiven. Im Zuge des Coachings werden auch professionelle Bewerbungsunterlagen erstellt, die im Nutzerprofil der App hinterlegt werden.

Das DGUV-job-Team nimmt täglich Jobangebote aus mehreren Hundert Quellen auf und bewertet diese im Hinblick auf körperliche Einschränkungen. Wer sich bewerben möchte, bekommt passende Stellen vorgeschlagen und kann dann entscheiden, ob die Bewerbung gleich, später oder gar nicht versendet werden soll. Falls ja, erhalten Unternehmen eine E-Mail mit passendem Anschreiben und Lebenslauf.

Unternehmen wiederum können ihre Stellen in den eigenen Account einstellen; notfalls übernimmt auch hier das Team von DGUV job. Knapp 460 Unternehmen betreiben derzeit dauerhafte Accounts auf der Plattform, vor allem aus dem verarbeitenden und dem Gastgewerbe, aus Logistik und Verkehr. Viele weitere melden zusätzlich freie Stellen per Telefon.

SERVICE
Mehr Informationen:
www.dguv.de/job

Zum Thema

Arbeitsmarktsituation von Menschen mit Schwerbehinderung*

Beteiligung am Erwerbsleben**:

Menschen mit Schwerbehinderung	49,8 %
Bevölkerung insgesamt	78,7 %

■ **Demografie:** Ca. 6 % aller Menschen im erwerbsfähigen Alter haben eine Schwerbehinderung, von 55 bis unter 65 Jahre sind es ca. 13 %, zwischen 15 bis unter 55 Jahre rund 4 %.

■ **Qualifikation Berufs- oder Hochschulabschluss:**
Arbeitslos mit Schwerbehinderung: 54 %
Arbeitslos ohne Schwerbehinderung: 43 %

■ **Dauer der Arbeitslosigkeit:**
Langzeitleistungsbeziehende mit Schwerbehinderung: 76,6 %
Langzeitleistungsbeziehende ohne Schwerbehinderung ca. 64,5 %

*in Deutschland, **zwischen 15 bis unter 65 Jahre

Rund 7,8 Millionen Menschen mit einer Schwerbehinderung lebten Ende 2021 in Deutschland, das sind 9,4 Prozent der Gesamtbevölkerung. Arbeitslose Menschen mit einer Schwerbehinderung sind meist gut qualifiziert, trotzdem gelingt es ihnen seltener als Menschen ohne Schwerbehinderung, eine Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt aufzunehmen.

Seit seinen Anfängen im Jahr 1999 hat das Team von DGUV job mehr als 22.000 Jobsuchende beruflich begleitet. Was zunächst als ostdeutsches Projekt begann, wurde 2008 zum bundesweiten Service ausgerollt.

Heute arbeiten 18 Beschäftigte für die inklusive Jobvermittlung, 17 weitere assistieren ihnen dabei. So fanden allein 2023 mehr als 700 Menschen mit Behinderung eine neue berufliche Perspektive.

Was macht eigentlich ...

... ein DGUV-job-Koordinator?

■ Ich verantworte den Betrieb der inklusiven Jobvermittlung der DGUV und arbeite gleichzeitig auch als Reha-Fachberater in der Vermittlung mit. In erster Linie bin ich also für die 35 Menschen verantwortlich, die bei DGUV job Arbeitskräfte vermitteln. Zudem kümmere ich mich – mit Unterstützung von vielen Fachabteilungen in der DGUV – um Kommunikation, Prozesse, Strukturen, Ergebnisqualität und technischen Support inklusive Datenschutz. Auch die inhaltliche Weiterentwicklung des Services liegt bei mir. Dafür halte ich zum Beispiel

Kontakt zu Universitäten, die die Zukunftsthemen der Arbeitswelt erforschen, damit wir passende Konzepte in unsere Plattform integrieren können, und bin auch in einschlägigen Fachkreisen, Arbeits- und Projektgruppen der Unfallversicherung vertreten. Künstliche Intelligenz ist so ein Thema, oder die Rolle der über 50-Jährigen im aktuellen Arbeitsmarkt.

Gleichzeitig arbeite ich auch selbst in der Jobvermittlung, bei der wir die Versicherten sehr intensiv und individuell betreuen und im gesamten

Prozess unterstützen. Körperliche Einschränkungen sind sehr subjektiv. Deshalb besuchen wir Bewerberinnen und Bewerber an ihrem Wohnort, führen persönliche Interviews, erstellen Profile und entwickeln gemeinsam Bewerbungsstrategien und -unterlagen. So schaffen wir eine gute Arbeits- und Vertrauensbasis. In dieser engen Zusammenarbeit treffen wir auf alles, was das Leben mit sich bringen kann. Es ist eine sehr interessante Aufgabe und gegebenenfalls auch ein schöner Erfolg, einem Menschen eine neue Perspektive zu geben.



Thomas Schramm,
Koordinator und
Reha-Fachberater
DGUV job

Personalien

Foto: Bundessozialgericht



Dr. Christine Fuchsloch ist seit dem 1. März 2024 neue Präsidentin des Bundessozialgerichts. Nach Stationen als Rechtsanwältin und als Richter am Sozialgericht in Hamburg und in Berlin war die promovierte Juristin seit 2010 Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landesozialgerichts. 2020 wurde sie zur Vizepräsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgerichts ernannt. Fuchsloch ist durch zahlreiche Veröffentlichungen und Vorträge zum Europa-, Verfassungs- und Sozialrecht bekannt. Unter anderem als Vizepräsidentin des Deutschen Sozialgerichtstages und in unterschiedlichen Funktionen im Deutschen Juristinnenbund setzt sich Fuchsloch für einen effektiven und modernen Sozialstaat und eine Gesellschaft ein, die es allen Menschen ermöglicht, Familie und Beruf zu vereinbaren, und zwar unabhängig von ihrem Geschlecht.

FACHKRÄFTEMANGEL

Inklusion erschließt Talente für den Jobmarkt

Zusammen mit der Landesregierung und der Bundesagentur für Arbeit haben Unternehmens-, Berufs- und Sozialverbände in Nordrhein-Westfalen (NRW), Akteure des Unterstützungssystems sowie Inklusionsämter, Renten- und Unfallkassen Mitte April eine gemeinsame Initiative gestartet. Das Ziel: mehr Menschen mit Handicap für den Arbeitsmarkt zu gewinnen.

■ Etwa 140.000 Stellen sind in NRW derzeit unbesetzt – gleichzeitig suchen circa 53.000 Menschen mit Schwerbehinderung einen Job, die Hälfte von ihnen mit abgeschlossener beruflicher oder akademischer Ausbildung. Ihr Können und ihre Expertise für den von Fachkräftemangel geprägten Arbeitsmarkt zu erschließen, ist das Ziel der Initiative. „Menschen mit Behinderungen haben große Potenziale“, sagte Arbeitsminister Karl-Josef Laumann bei der Unterzeichnung der Vereinbarung in Düsseldorf. „Wir brauchen je-

de und jeden, um die Herausforderungen der Zeit zu stemmen.“ Gelingen soll dies durch die Aktivitäten des neuen Netzwerks innerhalb der Fachkräfteoffensive des Landes NRW.

Unternehmen werden bei der Besetzung von Stellen mit schwerbehinderten Menschen professionell, unbürokratisch und auch finanziell unterstützt, doch die Angebote sind nur wenigen bekannt. Wirtschafts- und Arbeitgeberorganisationen wollen deshalb verstärkt für die Chancen der Inklusion werben, über Unterstützungsangebote für Unternehmen informieren und den überbetrieblichen Erfahrungsaustausch fördern. Besonderes Augenmerk soll dabei auf den Chancen der Digitalisierung liegen. Auch Job-Center, Rentenversicherungsträger, Integrationsfachdienste und Schwerbehindertenvertretungen bieten künftig noch mehr Beratung, Informationen und Unterstützung zum Thema.

www.mags.nrw/potenziale-von-menschen-mit-behinderungen-heben

EUROPAWAHL

DSV ruft zum Wählen auf

■ Die Europavertretung der Deutschen Sozialversicherung in Brüssel (DSV) stärkt mit einer Online-Kampagne das Bewusstsein für die Bedeutung der Europawahl. In vielen Mitgliedstaaten verzeichneten populistische Parteien zuletzt starken Zulauf – ein Trend, der auch für die Europawahlen prognostiziert wird. Die daraus entstehenden Mehrheiten im Europäischen Parlament könnten wichtige soziale Errungenschaften der vergangenen Jahrzehnte infrage stellen. Unter #SocialSecurityMatters ruft die DSV deshalb auf der Social-Media-Plattform LinkedIn zur Teilnahme an den Europawahlen auf. Bis zum 9. Juni 2024 werden eigene Inhalte, Beiträge der DSV-Trägerorganisationen, Videos und Hintergrundinformationen gepostet. „Jede Stimme für die europäischen Werte ist eine Stimme für Gerechtigkeit, Wohlstand und die Zukunftsfähigkeit Europas“, sagt Ilka Wöfle, Direktorin der DSV in Brüssel, „die Impulse der Europäischen Union sind wichtig für die soziale Sicherung.“

www.dsv-europa.de

Folgen Sie uns auf : @UKNRW



Impressum

Herausgeber:
Unfallkasse Nordrhein-Westfalen

Verantwortlich:
Michael Stock, Geschäftsführer,
Unfallkasse NRW
Moskauer Straße 18
40227 Düsseldorf

Redaktion:
Claudia Schmid (verantwortlich),
Anja Schnake
Grafik: Désirée Gensrich

Ihr Draht zur infoplus-Redaktion:
Tel.: 030 22011-202
Anmelden, ummelden, abmelden:
E-Mail: infoplus@kompart.de

Verlag:
KomPart Verlagsgesellschaft
mbH & Co. KG
Postfach 110226, 10832 Berlin
Tel.: 030 22011-0
Fax: 030 22011-105
E-Mail: verlag@kompart.de
Druck: Albersdruck, Düsseldorf

TERMINE

■ Noch bis zum 30. Juni 2024 können sich in Deutschland ansässige Unternehmen aller Größen und Branchen sowie Einzelpersonen um den Deutschen Arbeitsschutzpreis 2025 bewerben. Die Auszeichnung für vorbildliche strategische, betriebliche, kulturelle und persönliche Lösungen rund um Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz ist mit einem Preisgeld in Höhe von jeweils 10.000 Euro in vier Kategorien dotiert.
deutscher-arbeitsschutzpreis.de

■ Am 4. Juli 2024 findet in Münster die 3. öffentliche Sitzung der Vertreterversammlung der Unfallkasse NRW statt. Beginn ist um 10 Uhr im Hotel Melia, Münster Kongresscenter. Auf der Tagesordnung steht unter anderem die Standortentwicklung der Regionaldirektion Westfalen-Lippe in Münster.